Manchen stinkt die Tüte, anderen die Gebühr

Das neue regionale Abfallsystem ist inzwischen von allen Kommunen abgesegnet worden. Die Debatten liefen aber unterschiedlich.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Über die geplanten Neuerungen bei der Abfallentsorgung wurde in den zurückliegenden Wochen überall in der Region Trier diskutiert. Dabei ging es keinesfalls nur um Änderungen bei den Gebühren, die für einen Großteil der Bürger ab 1. Januar tatsächlich höher werden dürften. Im Vulkaneifelkreis etwa diskutierten die Kreistagsmitglieder noch in dieser Woche mehrere Stunden lang über die Einführung der Biotüte.

Eine Debatte, die anderswo in der Region auf große Verwunderung gestoßen wäre. Denn in Bitburg-Prüm, Bernkastel-Kues, Trier-Saarburg und der Stadt Trier gibt es die Biotüte schon mehr als anderthalb Jahre. Sie wurde Anfang 2018 nach einem erbitterten Streit zwischen der für Abfallfragen zuständigen Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord und den Kommunen der Region eingeführt. Nur der Vulkaneifelkreis blieb von der Biotüte verschont.

Denn dort gibt es schon seit etwa 20 Jahren die Biotonne. Deren zwangsweise Einführung droht eines Tages der gesamten Region Trier, sollte das System der freiwilligen Sammlung von Küchenabfällen und Speiseresten in Tüten nicht den gewünschten Erfolg bringen. Im schlimmsten Fall würde dann im Vulkaneifelkreis die Biotonne sogar wieder eingeführt. Der Hauptgrund, warum viele Vulkaneifeler die Braune Tonne jetzt nicht hergeben wollten. Doch eine Mehrheit der Kreistagsmitglieder stimmte am Ende für die Einführung der Tüte und auch für die neue Gebührensatzung.

Mit der Dauner Entscheidung hatten alle Gebietskörperschaften, die dem Zweckverband Abfallwirtschaft Region Trier (siehe Info) angehören, die zum 1. Januar in der Region geplanten Änderungen bei der Abfallentsorgung abgesegnet. Maximilian Monzel dürfte ein Stein vom Herzen gefallen sein. Der ART-Boss hatte in den letzten Wochen für die neue Abfall- und Gebührensatzung eifrig die Werbetrommel gerührt. Auch im Trierer Stadtrat. Dort stand am Donnerstag vergangener Woche allerdings nicht die Frage nach Tonne oder Tüte im Mittelpunkt.

Diskutiert wurde vielmehr über den bislang in der Gebühr enthaltenen Hol- und Bringservice, bei dem ART-Mitarbeiter die Restmülltonnen aus den Häusern und Hinterhöfen holen und sie nach der Leerung wieder zurückstellen. Wer diesen Service ab Januar 2020 in Anspruch nehmen will, muss dafür extra zahlen – und zwar ordentlich. Um die 40 Euro sind im Gespräch. Allerdings gab es im Trierer Rat noch Diskussionen über die Modalitäten.

Im Bernkastel-Wittlicher Kreistag wurde beim Tagesordnungspunkt Müll vergangene Woche vor allem über die ins Haus stehende Gebührenanhebung gestritten. Im Kreis von ART-Verbandsvorsteher Gregor Eibes fallen bei der Kalkulation vor allem die immensen Nachsorgekosten für zwei Deponien ins Gewicht; der Hauptgrund, warum die Bürger dort – im Vergleich zu den übrigen Kreisen der Region – künftig besonders tief ins Portemonnaie greifen müssen.

Bei der Einführung der neuen Gebührenstruktur ist der Kreis Bernkastel-Wittlich allerdings auch Vorbild, weil das demnächst in der gesamten Region gültige Modell (Grundgebühr für Tonne beinhaltet bestimmte Anzahl an Leerungen) dort schon seit Jahren existiert. Und die nun häufiger zu hörenden Befürchtungen, dass Zahl und Ausmaß der illegalen Ablagerungen mit Einführung des neuen Systems zunehmen würden, haben sich nach Angaben des Zweckverbands ART jedenfalls in Bernkastel-Wittlich nicht bewahrheitet.

Mehr Infos unter volksfreund.de/extra

INFO

Was macht der Zweckverband ART?

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Region Trier (ART) ist zuständig für die Abfallentsorgung in Trier und den Kreisen Trier-Saarburg, Bernkastel-Wittlich, Eifelkreis Bitburg-Prüm und Vulkaneifel. Die 300 ART-Mitarbeiter sind für die Entsorgung des Abfalls von rund 520 000 Einwohnern in dem 5000 Quadratkilometer großen Gebiet zuständig. Der Restmüll wird von der RegEnt GmbH, einer 100-prozentigen Tochtergesellschaft des Zweckverbands, aufbereitet. Die Anlage steht in Mertesdorf (Kreis Trier-Saarburg). Metalle werden nach der Trocknung entnommen. Das Gewicht der Abfälle wird dabei um bis zu 35 Prozent reduziert. Die getrockneten Abfälle werden als Ersatz für fossile Brennstoffe in Industriekraftwerken verbrannt.

Die regionale Müllentsorgung wird vereinheitlicht, aber die Gebühren bleiben vorerst noch unterschiedlich hoch. FOTO: FRIEDEMANN VETTER

Marode Bäder gehen bei Sanierung leer aus

TRIER/BERLIN (flor) Abgeplatzte Kacheln, lose Fliesen, alte Rutschen: Viele Schwimmbäder in Rheinland-Pfalz sind alt, marode und brauchen dringend Sanierungen. Doch rufen klamme Kommunen im Bund nach Hilfe, gehen die Schreie meist unter wie ein Ertrinkender im Wasser. Mehr als 50 Millionen Euro fehlen maroden Bädern im Land für Sanierungen, zeigt die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Trierer Linken-Bundestagsabgeordneten Katrin Werner.

Danach haben rheinland-pfälzische Schwimmbäder 24 Anträge bei der Bundesregierung eingereicht, um eine Förderung aus einem Bundesprogramm zu erhalten. Nur fünf Projekte hat der Bund bewilligt. Von 61,5 Millionen Euro beantragten Hilfen flossen bloß 11,25 Millionen Euro. Werner fordert: „Der Bund muss endlich stärker seine Verantwortung wahrnehmen und dafür sorgen, dass die Schwimmbäder im Land nicht verrotten und geschlossen werden müssen." Die Triererin warnt davor, dass ohnehin schon immer weniger Kinder schwimmen lernten. Auch in der Region gingen Kommunen mit Anträgen leer aus – wie der Vulkaneifelkreis (1,18 Millionen Euro) und Bernkastel-Wittlich (745 200 Euro). In den Eifelkreis Bitburg-Prüm flossen 3,69 Millionen von beantragten 5,27 Millionen Euro, zeigt die Antwort an Werner. Die Triererin kritisiert, dass der Bund die Bäder mit dem höchsten Bedarf gar nicht für eine Förderung ausgesucht habe – Germersheim (9,6 Millionen Euro), Kaiserslautern (8,1 Millionen Euro) und Bad Dürkheim (7,5 Millionen Euro). Den Verweis des Bundes auf die kommunale Verantwortung nennt Werner „schräg, weil gerade in Rheinland-Pfalz genügend Kommunen gar kein Geld haben, um ihre Aufgaben zu erfüllen". Der Bund müsse den Fördertopf aufstocken.

Luxemburg sauer wegen Weststrecke

Verkehrsminister hofft, dass grenzüberschreitende Züge doch noch vor 2024 fahren.

VON BERND WIENTJES

LUXEMBURG Der luxemburgische Verkehrsminister François Bausch ist sauer. Er hätte sich gewünscht, dass die Trierer Weststrecke schneller für den grenzüberschreitenden Nahverkehr reaktiviert werde, sagte der Minister unserer Zeitung. Frühestens 2024 sollen auf der Strecke Züge am Trierer Hauptbahnhof vorbei nach Luxemburg fahren (der TV berichtete). Die Strecke, auf der derzeit überwiegend Güterzüge rollen, müsse so schnell wie möglich reaktiviert werden, sagt Bausch. Eigentlich sollte dies ab Ende dieses Jahres der Fall sein. Wegen Problemen bei den Haltepunkten verzögert sich das jedoch. Luxemburg habe sich an die Vereinbarung gehalten, neue Züge für die Strecke anzuschaffen. Diese stünden bereit und würden ab Dezember dann auf der bisherigen Strecke zum Trierer Hauptbahnhof eingesetzt werden, was aber für Pendler keinen Zeitgewinn bringe. Bausch verweist dabei auch auf die acht Millionen Euro, mit denen sich sein Land am zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke auf deutscher Seite bei Igel (Trier-Saarburg) beteiligt habe, auch im Hinblick auf eine Ausweitung des Zugverkehrs.

Die Trierer Weststrecke ist ein nicht unwesentlicher Bestandteil bei der Absicht Luxemburgs, den Nahverkehr deutlich auszubauen und Pendler zum Umsteigen vom Auto zu bewegen. Das sieht auch die rheinland-pfälzische Landesregierung so, wie aus einer Antwort des Verkehrsministeriums auf eine Anfrage des CDU-Landtagsabgeordneten Arnold Schmidt hervorgeht. Darin heißt es auch, dass derzeit Gespräche mit Luxemburg geführt werden, um „abgestimmte Lösungen für grenzüberschreitende Tarife" zu finden, wenn ab März 2020 der Nahverkehr in Luxemburg kostenlos werde. Noch gebe es aber keine konkreten Preise für die grenzüberschreitenden Pendler-Tickets.

Denn klar ist: Auch wenn Luxemburg den Nahverkehr kostenlos macht, müssen Pendler in Bus und Bahn bis zur Grenze weiter zahlen. Darauf wies Bausch in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage hin. Der Preis der Monats- und Jahreskarte setze sich aus Anteilen beider Länder zusammen, sagt Bausch, und weist daraufhin, dass der Anteil der luxemburgischen Seite kleiner ist als etwa der deutschen oder französischen Seite. Auch wenn die genauen Preise, die Pendler künftig für Zugtickets zahlen müssen, noch nicht feststünden, sollen diese aber auf jeden Fall nach unten gehen, so Bausch. Das gelte auch für die grenzüberschreitenden Busse. Er könne den Nachbarländern nicht vorschreiben, auch ihren Nahverkehr kostenlos zu machen, sagte der Minister unserer Zeitung. Aber er wünsche sich das schon für die Luxemburg-Pendler in der gesamten Großregion.

Bausch sieht den Gratis-Nahverkehr als zusätzliche Maßnahme, als „Kirsche auf dem Kuchen", das Angebot an Bussen und Bahnen in Luxemburg zu verbessern. So soll es bis Ende 2021 zusätzliche Busse geben, von den Grenzorten Echternach und Remich soll es Expressbusse bis nach Luxemburg-Stadt geben. Damit Busse schneller durchkommen, soll es auf der Autobahn von Wasserbillig bis in die Hauptstadt Busspuren geben, die von Fahrgemeinschaften genutzt werden können. Um Autofahrer zum Umsteigen auf Bus und Bahn zu bewegen, sollen grenznah P&R-Plätze ausgebaut werden. Luxemburg sei auch bereit, sich am Bau solcher Plätze auf deutscher Seite zu beteiligen, sagte Bausch. So wie sich das Land auch an der Verbesserung grenzüberschreitender Buslinien beteilige.

Auch wenn in Luxemburg ab März 2020 der Nahverkehr kostenlos wird, müssen Pendler weiterhin Tickets lösen wie hier am Trierer Hauptbahnhof. FOTO: FRIEDEMANN VETTER

Klimanotstand ist kein echter Notstand

TRIER (wie/dpa) Ein Notstand im eigentlichen Sinne liege aufgrund des Klimawandels zurzeit nicht vor. Darauf weist die Energieagentur Rheinland-Pfalz hin. Der Begriff Klimanotstand wirke oft polarisierend und sei kein rechtlich definierter Begriff. „Eine Kommune kann sich eigene Verpflichtungen geben und bestimmte Klimaschutzpflichten definieren", so die dem rheinland-pfälzischen Umweltministerium unterstehende Agentur. Als Beispiel nennt sie Trier, wo der Stadtrat am 29. August mehrheitlich für den Klimanotstand gestimmt hat (der TV berichtete). Demnach müssen alle Beschlüsse des Rats künftig auf die voraussichtlichen klimatischen Auswirkungen überprüft werden. Dadurch würden sich spürbare Effekte für die Wirtschaft und die Einwohner ergeben, teilt die Agentur mit. Die Ausrufung des Klimanotstands sei „nicht ausschließlich, aber zuerst einmal ein symbolischer Akt", heißt es in einem von der Agentur vorgelegten Faktenpapier. Damit werde die Klimakrise anerkannt. „Mit dem Klimanotstand bekräftigt die Kommune, dass dem Klimawandel mit energischem, raschem Handeln begegnet werden muss", so die Energieagentur. Auch wenn kein echter Notstand vorliege, so werde damit „die Dringlichkeit zum Handeln" hervorgehoben.

„Veränderungen vor Ort werden nur dann erreicht, wenn einer solchen Notstandserklärung konkrete, kommunale Klimaschutzaktivitäten folgen", sagte die rheinland-pfälzische Umweltministerin Ulrike Höfken (Grüne). Die Landesregierung werde die Städte und Gemeinden dabei unterstützen. Klimaveränderungen seien in den Städten deutlich spürbar.

Produktion dieser Seite:
Stefan Strohm